

Programm Tagung „Leitbild trifft Praxis“ 27.05.2011

- 15:00 Uhr** Eröffnung
Bernd Günther, Vorsitzender DGB-Region Leipzig-
Nordsachsen, Vorsitzender Verein KOWA
- 15:15 Uhr** Vorstellung des Leitbildes
Matthias Anbuhl, DGB Bundesvorstand
- 16:00 Uhr** Pause
- 16:15 Uhr** Diskussion in zwei Foren zu den Positionen:
- Forum 1 „Studium als wissenschaftliche Berufsausbildung“
Prof. Dr. Andrä Wolter, HU Berlin
Diskutant(inn)en:
Arnold Arpaci und Magdalena Protte, StudentInnenRat UL
Christian Wille, Studentenrat HTWK Leipzig
Moderation: Doreen Kietz, KOWA
- Forum 2 „Arbeitsplatz Hochschule attraktiv gestalten“
Dr. Roland Bloch, HoF Wittenberg
Diskutant:
Benjamin Bigl, PromovierendenRat UL
Moderation: Claudia Koepernik, KOWA
- 17:45 Uhr** Pause
- 18:00 Uhr** Abschlussdiskussion
Prof. Dr. Thomas Lenk, Prorektor Universität Leipzig
Prof. Dr. Ulrich Ziegler, Kanzler HTWK Leipzig
Matthias Anbuhl, DGB Bundesvorstand
Moderation: Sonja Bolenius, DGB Bundesvorstand

Fazit zu "Leitbild trifft Praxis" – Tagung und Geburtstagsfeier der KOWA Leipzig

Die Tagung: „Leitbild trifft Praxis“ – Vorstellung und Diskussion zum „Leitbild der Demokratischen und Sozialen Hochschule“ und die Geburtstagsfeier: „5 Jahre KOWA Leipzig“ fanden am 27. Mai 2011 im Neuen Seminargebäude der Universität Leipzig statt.

Der DGB-Regionsvorsitzende Bernd Günther, der auch Vereinsvorsitzende der KOWA Leipzig ist, stellte in seiner Begrüßung die These auf, dass „Hochschulen der regionale und überregionale Innovationsmotor“ sein müssten und stellte die Frage, wie ein „Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule“ dazu beitragen könne, dass Leipziger Hochschulen einen Spitzenplatz in Forschung und Lehre erreichen.

Das Leitbild hat die Hans-Böckler-Stiftung mit dem DGB und den Mitgliedsgewerkschaften erarbeitet. In der Veranstaltung wurden zwei Thesen des Leitbildes:

1. „Studium als wissenschaftliche Berufsausbildung“
2. „Arbeitsplatz Hochschule attraktiv gestalten“

und die dazugehörigen Expertisen aufgegriffen und diskutiert. Hochschulpolitische und gewerkschaftliche Akteure konnten miteinander in einen Austausch treten und haben gemeinsam mögliche Zukunftsoptionen der Hochschulen erörtert.

Im Forum 1 standen im Fokus der Diskussion die unterschiedlichen Wege zum Studium. Es wurde klar herausgestellt, dass sich die Hochschulen für andere Zielgruppen (z.B. beruflich Qualifizierte) öffnen müssen. Das Studium muss attraktiver gestaltet und Alternativen zum klassischen Vollzeitstudium sowie Möglichkeiten der Anrechnung bereits vorhandener Kompetenzen geschaffen werden.

In Forum 2 wurde klar, dass mehr unbefristete Stellen unterhalb der Professur geschaffen und Daueraufgaben mit Dauerstellen besetzt werden müssen. Bereits bestehende tarifliche Regelungen (z.B. zu Arbeitszeiten und Zeiten für die Qualifizierung) müssen eingehalten werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an den Hochschulen verbessert werden.

In der Abschlussdiskussion nahmen Herr Prof. Dr. Lenk, Prorektor der Universität Leipzig und Herr Prof. Dr. Ziegler, Kanzler der HTWK Leipzig zu dem Leitbild Stellung. Beide stimmten den Inhalten des Leitbildes prinzipiell zu, stellten aber die

Schwierigkeiten der Umsetzung durch die schlechte Haushaltslage an den Hochschulen dar.

Die anschließende Feier anlässlich des fünften Geburtstages der KOWA bot Gelegenheit, in einer lockeren Atmosphäre zurückzublicken, sich über die zahlreichen Themen der KOWA einen Überblick zu verschaffen und gemeinsam Zukunftsperspektiven auszuloten. Herr Dr. Nolden, Kanzler der Universität Leipzig und Frank Hühner, Geschäftsführer der KOWA Frankfurt/Oder, würdigten in ihren Grußworten die geleistete Arbeit der KOWA Leipzig.

**Das Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule
Rede Matthias Anbuhl, Leiter der Abteilung Bildungspolitik und
Bildungsarbeit
beim DGB-Bundesvorstand
auf der Tagung „Leitbild trifft Praxis“ am 27. Mai 2011 in Leipzig**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
lieber Bernd Günther,

Wer die hochschulpolitischen Reden und Schriften der vergangenen Jahre liest, stößt immer wieder auf die gleichen Textbausteine: Die Hochschulen müssten endlich vom staatlichen Gängelband befreit werden. Wettbewerb, Exzellenz, effizientes Management sollen die vorherrschenden Prinzipien werden. Hochschulen müssten endlich wie Unternehmen handeln. Qualität wird vor allem am erfolgreichen Einwerben von Drittmitteln gemessen.

Die Folge dieser Debatten war ein tiefgreifender Umbruch an den Hochschulen: Studierende wurden mehr und mehr als zahlungspflichtige Kunden gesehen. Die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen verschlechterten sich drastisch. Mitbestimmung und Partizipation wurden beschnitten.

Die Arbeitgeber-Verbände schreiben es noch heute in ihrem Leitbild der Hochschule der Zukunft ganz unverhohlen: „Die Hochschule handelt unternehmerisch und agiert unabhängig von direkten staatlichen Eingriffen. Die Mittel für Forschung und Lehre werden zum überwiegenden Teil im Wettbewerb vergeben.“

Wenn aber Forschende und Lehrende zu kleinen Ich-AGs werden, wenn das Einwerben von Drittmitteln zum Gradmesser wissenschaftlicher Qualität wird, wenn sich Parlamente und Regierungen aus diesem Marktgeschehen nahezu komplett verabschieden sollen: Dann wird – ausgerechnet im Namen der Freiheit – die Wissenschaftsfreiheit den Zwängen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs unterworfen. „Die Emanzipation der Hochschulen von den Steuernmitteln“, hat Christiane Konegen-Grenier vom Institut der deutschen Wirtschaft diesen Trend beim 4. Hochschulpolitischen Forum der Hans-Böckler-Stiftung und des DGB genannt. Es lässt sich – zugespitzt – auch anders formulieren: Die kaufkräftige Nachfrage bestimmt die Wissenschaft.

Die Folgen dieses Paradigmenwechsels haben wir gesehen: Befeuert von Studien, die nicht selten von Arbeitgeber-Verbänden und einzelnen Konzernen finanziert wurden, haben Wirtschaftswissenschaftler eine Politik des Lohnverzichts, der Deregulierung von Arbeitsmärkten und Finanzmärkten, eine Zerschlagung der solidarischen Renten- und

Krankenversicherung propagiert. Politiker verschiedener Parteien und Regierungen haben diese Rezepte als alternativlos verkauft. In Zeiten der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir erlebt, wohin dieses Denken führen kann.

Doch die Gewerkschaften sollten nicht vor der finanziellen Übermacht der Arbeitgeber-Lobby kapitulieren. An den Hochschulen mehren sich die Proteste. Die Studierenden mit ihrem Bildungsstreik haben es geschafft, die Aufmerksamkeit auf die verkorkste Umsetzung des Bologna-Prozesses zu lenken. Auch die Bundesregierung, die Länder und selbst die Hochschulrektorenkonferenz erkennen mittlerweile den Korrekturbedarf an.

Gut ist, dass die Gewerkschaften zunehmend von den Studierenden als Partner wahrgenommen werden. An vielen Hochschulen haben DGB und DGB-Jugend die Proteste unterstützt. Erfreulich ist auch: Mehr Studierende treten in die Gewerkschaften ein. Wir haben jetzt 33.000 Studierende als Mitglieder. Allein im vergangenen Jahr gab es unter dem Strich ein Plus von 900 Studierenden in den DGB-Gewerkschaften. Und da sind die Studierenden aus dualen Studiengängen nicht einmal mit eingerechnet.

All diese Entwicklungen zeigen die Notwendigkeit und die Chancen des gewerkschaftlichen Engagements in der Hochschulpolitik. Dieses Engagement hat vor allem drei Gründe:

Es geht uns um das Menschenrecht auf Bildung: Gewerkschaftliche Bildungspolitik ist geleitet von dem Gedanken der Chancengleichheit, von der Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung. Gute Bildung und Bildungsabschlüsse sind die Platzanweiser in unserer Gesellschaft. Unsere Schulen und Hochschulen entscheiden über die Berufsperspektiven und damit auch über die Lebensperspektiven der Menschen. Bildung ist deshalb für uns eine soziale Frage.

Es geht uns um den Arbeitsplatz Hochschule: Wer, wenn nicht die DGB-Gewerkschaften soll sich um die Arbeitsbedingungen der rund 600.000 Kolleginnen und Kollegen an den Hochschulen kümmern – in Forschung, Lehre, Verwaltung, Technik und Management. Dies ist übrigens nicht nur im Interesse der Beschäftigten: Denn gute Lehre und gute Forschung wird es nur geben, wenn wir gute Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen für das Personal an den Hochschulen haben.

Es geht uns um die Zukunft unserer Gesellschaft: Die Hochschulen haben mit ihrer Forschung und Lehre, mit Weiterbildung einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Entwicklung der gesamten Gesellschaft. Für uns Gewerkschaften ist klar: Autonomie der Hochschulen gewährt die Freiheit der Wissenschaft zum Nutzen der Menschheit. Der gesellschaftliche Kern der Wissenschaftsfreiheit liegt in ihrem

möglichen Beitrag zu einer humanen, sozial gerechten, friedlichen und demokratischen Welt. Das ist aber kein Automatismus.

Welche Alternativen bieten die Gewerkschaften? Das Leitbild der Demokratischen und Sozialen Hochschule, das eine Projektgruppe der Hans-Böckler-Stiftung gemeinsam mit den Gewerkschaften erarbeitet hat, umreißt die Themen sehr genau.

Im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Politik steht die Forderung nach einer sozialen Öffnung der Hochschulen. Noch immer muss man Arbeiterkinder an den Hochschulen fast mit der Lupe suchen. Während von 100 Kindern aus Akademiker-Familien noch 71 ein Studium aufnehmen, sind es aus nicht-akademischen Familien nur 24, so zumindest lautet das Ergebnis der 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW).

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Wer Hochschulen sozial öffnen und demokratisch gestalten will, muss an mehreren Stellschrauben drehen. Das Leitbild „Demokratische und Soziale Hochschule“ umfasst eine ganze Reihe von Aussagen. Wir haben sie in 13 Thesen oder Kapiteln gebündelt.

Folgende Aussagen möchte ich hervorheben:

Die **demokratische** Hochschule

- Trägt Verantwortung für die demokratische und soziale Entwicklung der Gesellschaft
- Ist offen für gesellschaftliche Interessen und schafft Transparenz über ihre Kooperationen
- Braucht Autonomie als individuelles Freiheits- und Teilhaberecht für jeden Wissenschaftler und daraus erst abgeleitet für die Institution.
- Sie gewährleistet Mitbestimmung und Partizipation für alle Hochschulangehörigen.

Die **soziale** Hochschule

- Steht für einen offenen Hochschulzugang ohne soziale Selektion
- Steht für einen offenen Zugang für beruflich Qualifizierte
- Baut soziale Benachteiligungen im Studium ab
- Steht für eine bedarfsdeckende Studienfinanzierung ohne soziale Diskriminierung

- Beseitigt die Benachteiligung von Frauen in Forschung und Lehre.

Diese Kernpunkte unseres Leitbildes haben konkrete Auswirkungen auf Hochschulen und Hochschulpolitik. Ich möchte nur einige Beispiele nennen:

Erstens: Wir müssen dafür sorgen, dass die Hochschulen ihrem täglichen Geschäft überhaupt gewachsen sind. Die geburtenstarken Jahrgänge der 90er Jahre, die doppelten Abiturjahrgänge, die Aussetzung der Wehrpflicht und des Zivildienstes sowie die weitere Öffnung der Hochschulen müssen zwingend zu einem Ausbau der Hochschulen führen. Die Hochschulpakete I und II, die Bund und Länder geschlossen haben, sind zu niedrig angesetzt. So sollten bis 2010 nur 91.000 Studienanfänger kommen, tatsächlich waren es 156.000. Wir haben Nachholbedarf, wenn wir die Hochschulen nicht überfordern wollen. Wir brauchen einen „Hochschulpakt Plus“ mit mindestens 500.000 zusätzlichen Plätzen. Dieser Pakt sollte differenziert den Ausbau nach Bachelor- und Master-Studienplätzen festschreiben, damit der Übergang vom Bachelor zum Master endlich stärker geöffnet wird. In dem neuen Pakt sollte auch ein Abschlussbonus enthalten sein, der für die Hochschulen einen Anreiz bietet, ihren Studierenden auch ein gutes Studium zu ermöglichen.

Zweitens: Wir müssen die Hochschulen endlich für mehr Menschen ohne Abitur öffnen. Wenn aber wirklich alle Menschen ihre Begabungen entfalten sollen, müssen die Barrieren zwischen Hochschule und beruflicher Bildung beseitigt werden. Eine abgeschlossene Berufsausbildung muss den Zugang zur Hochschule grundsätzlich öffnen. Mehr noch, es reicht nicht aus, nur den Zugang zu regeln. Nötig sind auch mehr berufsbegleitende Studiengänge, eine bessere und transparentere Anrechnung beruflicher Leistungen und Kompetenzen, veränderte Curricula und eine bessere Studienförderung.

Die Hochschulen müssen beruflich Qualifizierte auch wirklich aufnehmen wollen und können. Dazu ist eine bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen unabdingbar. Um den Hochschulen auch einen finanziellen Anreiz zu geben, mehr beruflich Qualifizierte aufzunehmen, sollten im Hochschulpakt Studienplätze für beruflich Qualifizierte mit einem zusätzlichen Bonus von 50 Prozent pro Platz gefördert werden.

Drittens: Gerade Menschen aus einkommensschwachen Familien müssen sich ein Studium auch leisten können. Nach der jüngsten Erhebung des Hochschulinformationssystems sagten 64 Prozent der Studienberechtigten eines Jahrgangs, die sich gegen ein Studium entschieden haben, die erwarteten Kosten hätten eine zentrale Rolle bei ihrer Entscheidung gespielt. Die jungen Leute entscheiden sich nicht für ein Hochschulstudium, weil ihnen das Institut der deutschen Wirtschaft eine theoretische Bildungsrendite ausrechnet. Sie schauen vielmehr, ob das Geld für ein Studium auch wirklich reicht.

Deshalb ist der DGB klar gegen Gebühren im gesamten Bildungssystem – von der Kita bis zur Uni. Wir wissen eben, dass Gebühren Hürden sind, die vor allem die Kinder der Krankenschwester und nicht die des Chefarztes treffen. Gut verdienende Akademikerinnen und Akademiker müssen später ihren Beitrag durch ein gerechtes Steuersystem leisten.

Es zählt zu den erfreulichen Ereignissen, dass in jüngster Zeit eine Gebühren-Bastion nach der anderen fällt. Hessen, das Saarland und Nordrhein-Westfalen haben die Studiengebühren wieder abgeschafft. In Hamburg und Baden-Württemberg haben die neuen

Landesregierungen schon den Verzicht auf Gebühren angekündigt. Studiengebühren sind bundesweit ein Auslaufmodell. Dies ist auch ein gewerkschaftlicher Erfolg!

Viertens: Das Herzstück einer staatlichen Studienfinanzierung muss das BAföG sein. Es bietet den Studierenden einen klaren Rechtsanspruch, während sie beim Stipendium auf das Wohlwollen der Geldgeber angewiesen sind. Das BAföG ist seit den 70er Jahren besonders für ärmere Familien die Strickleiter für den sozialen Aufstieg. Allein vier Millionen Menschen haben in den vergangenen 40 Jahren dank des BAföGs überhaupt erst studieren können.. Wenn wir das BAföG stärken wollen, reichen Mini-Reformen aber nicht mehr aus. Wir müssen das BAföG grundsätzlich weiterentwickeln. Dazu muss der Darlehensanteil gesenkt und die Altersgrenze von 35 Jahren gestrichen werden. Mittelfristig müssen zudem die Leistungen des Familienleistungsausgleichs als Sockel allen Studierenden direkt ausbezahlt werden.

Fünftens: Wir brauchen einen neuen Kurs für Bologna. Das Ziel klang verlockend: Junge Studierende beginnen ihr Studium in Aachen, setzen es in Stockholm fort, um dann in Rom ihren Master zu machen. Das war die Vision der europäischen Bildungsminister, als sie den Bologna-Prozess starteten. Und auch die Gewerkschaften haben dieses Vorhaben unterstützt. Sie versprachen sich mehr Mobilität in Europa und eine Studienreform mit Qualität.

Heute ist die Bilanz ernüchternd: Überfrachtete Stundenpläne, teils gestiegene Abbrecherquoten und hohe Hürden bei der innerdeutschen Mobilität kennzeichnen den Alltag an den Hochschulen. Und auch hier sind Studierende aus weniger betuchten Familien besonders betroffen.

Wir Gewerkschaften wollen deshalb eine grundlegende Kurskorrektur: Es ist falsch ganze Diplom-Studiengänge in einen sechssemestrigen Bachelor zu pressen. Wir brauchen mehr Zeit für Bildung und einen freien Zugang zum Master.

Sechstens: Wir müssen feststellen, dass die Länder allein mit der Finanzierung eines zukunftsfähigen Bildungssystems überfordert sind. Wer im vergangenen Jahr die

monatelange Hängepartie um eine kleine BAföG-Novelle verfolgt hat, musste erkennen – der Wettbewerbsföderalismus ist gescheitert! Wir brauchen einen Schub für einen kooperativen Föderalismus, in dem der Bund wieder eine stärkere Rolle auch bei der Finanzierung des Bildungssystems einnehmen muss.

Siebtens: Spätestens nach Stuttgart 21 oder dem erfolgreichen Berliner Volksentscheid Wassertisch ist klar: Wir brauchen mehr und nicht weniger Partizipation und Mitbestimmung in unserer Gesellschaft. Doch an den Hochschulen wurde – im Namen der Freiheit und der Autonomie – die Demokratie Stück für Stück abgebaut. Deshalb müssen wir die Demokratiefragen an der Hochschule neu stellen.

Vor allem die externen Hochschulräte, die in vielen Ländern mit weitreichenden Kompetenzen - wie der Wahl der Rektorate oder Präsidien - ausgestattet sind und oft nicht ausgewogen zusammengesetzt sind, sollten abgeschafft werden. Wir brauchen vielmehr Hochschulkuratorien, in denen verschiedene gesellschaftliche Gruppen (Gewerkschaften, Kirchen etc.) die Hochschulen beraten. Diese Kuratorien sollen Partizipation und Mitbestimmung an den Hochschulen ergänzen und nicht verdrängen. Auch in dieser Frage sind erste Fortschritte zu verzeichnen: Die neue grün-rote Regierung in Baden-Württemberg hat bereits die Abschaffung der externen Hochschulräte in ihrem Koalitionsvertrag versprochen.

Achtens: Wenn unsere Hochschulen auch in Zukunft hervorragende Leistungen in Lehre und Forschung erbringen sollen, brauchen sie auch hoch qualifiziertes und motiviertes

Personal. Doch die Bedingungen am Arbeitsplatz Hochschule sind beschämend. Auf einen unbefristeten wissenschaftlichen Angestellten kommen fast sieben befristete Wissenschaftler. Ein großer Teil der Lehre wird von akademischen Tagelöhnern erbracht – den Lehrbeauftragten – die Stundenlöhne bekommen ohne Sozialversicherung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaubsanspruch. Wenn Hochschulen auch künftig qualifizierte Arbeitskräfte in Forschung, Lehre, Verwaltung, Technik und Management gewinnen wollen, müssen sie den Arbeitsplatz Hochschule deutlich attraktiver gestalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

All diese Entwicklung zeigen, wir brauchen Bewegung an unseren Hochschulen. Sie müssen nicht dereguliert und unternehmerisch sein, sondern demokratisch und sozial. Ich bin der Hans-Böckler-Stiftung, den beteiligten Wissenschaftlern und Gewerkschaftern sehr dankbar, dass sie in einem anspruchsvollen Prozess die hochschulpolitischen Debatten gebündelt und mit dem Leitbild Demokratische und

Soziale Hochschule die Grundlinien einer gewerkschaftlichen Alternative entwickelt haben. Ich freue mich, dass der DGB-Bundesvorstand beschlossen hat, auf dieser Grundlage ein neues Hochschulpolitisches Programm zu erarbeiten.

Vor mehr als zwei Jahren haben die Hans-Böckler-Stiftung und die Gewerkschaften die Arbeit an dem Leitbild begonnen. Es gab Tagungen und Workshops, bisher wurden 14 Expertisen zu verschiedenen hochschulpolitischen Themen erarbeitet, drei weitere sind in Arbeit.

Die Hans-Böckler-Stiftung, die Kooperationsstellen, der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften haben bereits begonnen unter der Überschrift „Leitbild trifft Praxis“ diese Vision an den Hochschulen und in einzelnen Workshops zu diskutieren. Diese Veranstaltungen werden und wurden dokumentiert.

Am Ende des Leitbilds steht eine schöne Formulierung, die ich zumindest sinngemäß verwenden möchte.

Das Leitbild ist ein **Vorschlag**, der beraten wird und der auch Vertiefungen und Ergänzungen braucht.

Das Leitbild ist eine **Einladung**, weil wir mit ihm einen Diskurs über die Hochschule der Zukunft eröffnen möchten.

Das Leitbild ist eine **Chance**, weil es uns in den nächsten Monaten eine gute Gelegenheit gibt, diesen Diskurs zu führen.

Das **Leitbild trifft auf Praxis** und erst in diesem Dialog werden wir erkennen, ob es als Richtschunt für gemeinsames Handeln taugt.

Der Dialog **ist eine Chance**, Mitstreiter zu gewinnen und gemeinsam mit ihnen eine Plattform für die demokratische und soziale Neugestaltung der Hochschulen zu finden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Frust an den Hochschulen ist groß. Viele Studierende, Beschäftigte und Wissenschaftler/-innen sind unzufrieden mit unseren Hochschulen. Sie haben gesehen, dass Deregulierung und Liberalisierung zu schlechteren Arbeitsbedingungen, Chaos bei der Zulassung sowie weniger Demokratie an den Hochschulen führt.

Wir Gewerkschaften haben auch im Bildungssystem – und nicht nur dort - vor Marktradikalismus gewarnt. Die Entwicklung hat uns leider Recht gegeben. Auch

deshalb können wir uns mit dem Leitbild einer demokratischen und sozialen Hochschule selbstbewusst der aktuellen hochschulpolitischen Debatte stellen. Dazu erhoffe ich mir von dieser Tagung lebhaftige Diskussionen und Anregungen für die weitere Arbeit.

Vielen Dank!

Abschlussdiskussion „Leitbild trifft Praxis“

Im Anschluss an die Berichterstattung aus den beiden parallelen Foren moderierte Sonja Bolenius vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Podiumsdiskussion. Die Diskussion bestritten:

Prof. Dr. Thomas Lenk, Prorektor der Universität Leipzig und

Prof. Dr. Ulrich Ziegler, Kanzler der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur – kurz HTWK Leipzig.

In seinem Eingangsstatement merkte Prof. Dr. Thomas Lenk an, dass er im Leitbild demokratische und soziale Hochschule vieles unterschreiben würde. Einiges könnte seines Erachtens sogar noch schärfer formuliert werden. Als Finanzwissenschaftler lag der inhaltliche Schwerpunkt auf Fragen der Finanzierung der Hochschulen. Der Anspruch staatlicher Finanzierung – auch von Bildungseinrichtungen – sei zu begründen. Dazu müssten zunächst die gesellschaftlich gewünschten Aufgaben der Hochschulen definiert werden die marktförmig nicht zufriedenstellend abgedeckt werden. Dies seien insbesondere die sogenannte Grundlagenforschung und der Bereich der Ausbildung, also alles rund um die Lehre. In diesen Bereichen würden gesellschaftlich erwünschte Effekte privatwirtschaftlich nicht erreicht. Diese Form des Marktversagens betreffe z.B. Fragen der Bildungsgerechtigkeit aber auch die Wahl von Forschungsschwerpunkten.

Wenn der Staat mit den Angeboten und Zielgruppen Privater nicht zufrieden ist, dann, so Lenk, muss er Geld in die Hand nehmen um die Hochschulen in die Lage zu versetzen die an sie gestellten gesellschaftlichen Anforderungen auch einlösen zu können. Sollen die Hochschulen zusätzliche Aufgaben übernehmen, wie z.B. ein stärkeres Engagement in der wissenschaftlichen Weiterbildung sind diese Fragen ebenfalls zu klären. Entweder müssen die Hochschulen die Angebote kostendeckend offerieren dürfen – oder der Staat muss zusätzliche Mittel für den Ausbau entsprechend kostenloser oder kostengünstiger Bildungsangebote bereitstellen.

Auch die Berücksichtigung von Familienfreundlichkeit und gleichstellungspolitische Maßnahmen sieht Prof. Lenk nicht als Kernaufgaben der Hochschulen. Ihre Realisierung bedürfte in dieser Logik ebenfalls zusätzlicher staatlicher Mittel.

Prof. Dr. Ulrich Ziegler unterstrich in seinem Einstiegsstatement, dass er im Gegensatz zu seinem Vorredner nicht alle Aspekte des Leitbildes unterschreiben, ja einige sogar ablehnen, würde. Was Fragen der Finanzierung der Hochschulen betrifft herrschte aber Einigkeit. Auch dahingehend, dass die Hochschulen bereits seit längerem nicht bedarfsdeckend finanziert werden. Prof. Ziegler fokussierte darüber hinaus auf die besondere Rolle der Fachhochschulen, die die Regionalentwicklung ankurbeln und besonders praxisnah ausbilden sollen. Auch vertat er die Position, dass wer

studierfähig ist auch studieren können muss. Nicht zuletzt zur Umsetzung dieses Anspruchs bedarfs es angesichts begrenzter Kapazitäten die entsprechenden Mittel.

Im Anschluss an die Eingangstatements leitete Kollegin Bolenius direkt in die Diskussion über.

Obgleich es weitgehend Konsens sei, dass Bildung nur sehr bedingt marktförmig organisiert werden kann seien die Bedingungen für Regulierung im politischen Raum nicht gerade günstig, so die Einstiegsthese. Die Wirtschaft habe das dazu passende Leitbild einer entfesselten, unternehmerischen und deregulierten Hochschule. Die Hochschulen sollen vom staatlichen Gängelband befreit werden. Diesem Konzept haben die Gewerkschaften ihr Leitbild einer demokratischen und sozialen Hochschule in öffentlicher Verantwortung entgegen gestellt das heute bereits ausführlich vorgestellt wurde. Dieses Leitbild plädiert unter anderem mit Nachdruck für eine offene Hochschule. Tatsächlich ist der Hochschulzugang in Deutschland sozial selektiv. Arbeiterkinder – oder Kinder aus eher bildungsfernen Haushalten wie es gerne etwas verschämt heißt – schaffen es nicht ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend an die Hochschulen. Sie sind in den höheren Bildungsinstitutionen deutlich unterrepräsentiert. Wobei der Schwerpunkt der sozialen Selektion bereits im vorschulischen und schulischen System vollzogen wird. In den letzten Monaten ist viel von Fachkräftemangel und demografischem Wandel die Rede. Internationale Untersuchungen bescheinigen Deutschland regelmäßig das wir generell eine zu geringe Studierendenquote hätten. In Sachsen studieren über alle Hochschulen hinweg mit 0,16% die wenigsten Menschen ohne schulische Studienberechtigung (Abitur). Das passt nicht zusammen.

Lösungen zur Frage, was die Hochschulen in Leipzig tun können um ihre Angebote für Facharbeiter und Meister ohne klassische Hochschulzugangsberechtigung zu öffnen, konnten noch nicht entwickelt werden. Das Thema wird für Sachsen, wo 2010 bereits ein Rückgang der Studienanfänger/innen zu verzeichnen war, künftig einige Relevanz entwickeln.

In der Diskussion wurde auch das Thema Studienfinanzierung erneut aufgegriffen. Podium und Plenum warum sich einig, dass das BAföG ausgebaut werden muss. Studierende sollen studieren, nicht jobben.

Anhang:

Forum 1: Vortrag von Prof. Dr. Andrä Wolter, Humboldt-Universität zu Berlin
„Studium als wissenschaftliche Berufsausbildung“

Forum 2: Vortrag von Dr. Roland Bloch, Institut für Hochschulforschung (HOF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
„Arbeitsplatz Hochschule und Forschung attraktiv gestalten“